



## Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Dr. Christoph Rabenstein, Günther Knoblauch, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl SPD**

### **Behördenverlagerungen in die ländlichen Räume**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie einen Bericht über die geplanten Behördenverlagerungen abzugeben.

Dieser Bericht soll mindestens folgende Punkte umfassen:

1. Welche Behörden sind in der engeren Wahl zur Verlagerung?
2. Wie viele Arbeitsplätze dieser Behörden sollen verlagert werden?
3. Bis wann sind die ersten Verlagerungen zu erwarten?
4. Nach welchem Verfahren werden geeignete Standorte für Behördenverlagerungen ausgewählt?
5. Ist angedacht, dass sich Kommunen als Behördenstandorte bewerben?
6. Wie ist die nötige Transparenz der Entscheidungsfindung sichergestellt?
7. Wie wird den berechtigten Interessen der betroffenen Mitarbeiter Rechnung getragen?
8. Wie ist sichergestellt, dass nicht nur Begehrlichkeiten geweckt werden, die nicht befriedigt werden können?

### **Begründung:**

Behördenverlagerungen in die ländlichen Räume sind teuer, können aber ein wirksames Mittel der Regionalentwicklung sein, wenn tatsächlich eine eklatante Zahl von qualifizierten, öffentlichen Arbeitsplätzen verlagert wird.

Standortentscheidungen müssen aber in einem transparenten Verfahren getroffen werden und nicht von den Einflussmöglichkeiten einzelner Stimmkreisabgeordneter abhängen. Auch die Belange der betroffenen Mitarbeiter sind angemessen zu berücksichtigen.